

Leseprobe aus:

Oswald Metzger

Die verlogene Gesellschaft



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf rowohlt.de.

INHALT

	Die verlogene Gesellschaft oder Wie viel Ehrlichkeit verträgt die Politik?	11
ERSTER TEIL	Der alltägliche Widerspruch	19
	Hartz IV: Ein teures Reformprojekt wird zum Symbol für Sozialabbau	21
	Länger im Wohlstand leben, früher in Rente gehen	34
	Der alltägliche (Selbst-)Betrug	51
	Pendlerpauschale statt Steuerstrukturreform	64
	Von Schnäppchenjägern und Mindestlöhnen	73
	Finanzmarktkrise: Die Folgen der Gier werden sozialisiert	85
	Die Pflegeversicherung als Erbenschutzprogramm	96
	Das weiße Sofa oder Die Betroffenen haben immer recht	106
	Wir überfordern den Staat	117

ZWEITER TEIL	«Projekt Ehrlichkeit» – ein Lehrstück	125
	2 + 0 = 3? Über Mehrwertsteuer und Wahlversprechen	127
	Sozial statt neoliberal! Das Meinungspendel schlägt nach links aus	134
	Lafontaine ante portas: Sinnvolle Reformgesetze werden kassiert	143
	<i>Anything goes</i> : Das Fünfparteiensystem führt zu neuer Beliebigkeit	151
DRITTER TEIL	Reformangst trifft auf Reformzwang – vom mühsamen Prozess der Veränderung	159
	Wir Deutschen – ein Volk von ökonomischen Analphabeten	161
	Die Parteien züchten systematisch den Opportunismus	172
	Das Kreuz mit der Wahlstimme oder Die Entmündigung des Souveräns	181
	Ohne Volksentscheide nimmt die Politik das Volk nicht ernst	192
	Ohne Vertrauen gibt es keine Veränderung	200

Persönliches Nachwort	211
Anmerkungen	219
Dank	223

Die verlogene Gesellschaft oder Wie viel Ehrlichkeit verträgt die Politik?

Politik galt im Volksmund zwar schon immer als schmutziges Geschäft, aber so sehr wie heute standen die Politiker noch nie im Zwielficht. Wer sie pauschal verdammt, findet Applaus selbst bei gebildetem Publikum. Politiker gelten als Opportunisten, die vor allem an Eigennutz und Machterhalt inter-essiert sind. Und tatsächlich tun sie viel, um so manches Vorurteil zu bestätigen.

Der prominenteste Fall wurde uns jüngst in Hessen vorgeführt. Die Sozialdemokratin Andrea Ypsilanti hatte vor der Landtagswahl im Januar 2008 kategorisch jede Form der Zusammenarbeit mit der Linkspartei ausgeschlossen. Nach der Wahl schien ihr Wort nichts mehr zu gelten – sie wollte um jeden Preis Ministerpräsidentin werden. Die öffentliche Empörung hinderte sie nicht daran, gleich zwei Anläufe zu nehmen, um sich zur Chefin einer rot-grünen Minderheitsregierung unter Tolerierung der Linken wählen zu lassen. Nur dank des Widerstands von vier SPD-Abgeordneten

scheiterte sie spektakulär – ein Fanal gegen den Opportunismus der politischen Klasse.

Politiker, so scheint es, streben nicht nur mit aller Macht nach Ämtern, sie verteidigen auch gern ihre eigenen Pfründen. Obwohl für Bundestagsabgeordnete künftig, wie für gewöhnliche Bürger, das reguläre Ruhestandsalter stufenweise von 65 auf 67 Jahre angehoben wird, haben sich die Volksvertreter eine besonders pikante «Vorruhestandsregelung» bewahrt. Ab dem neunten Jahr der Mitgliedschaft im Parlament sinkt das Eintrittsalter für den Pensionsbezug um jeweils ein Jahr – bis maximal zum achtzehnten Parlamentsjahr. Wer also mindestens achtzehn Jahre im Bundestag gesessen hat, kann auch künftig volle zehn Jahre früher als Otto Normalverbraucher in Pension gehen – ohne Abschläge! Und es gibt selbstverständlich großzügige Übergangsregelungen: Sämtliche Einschnitte bei der späteren Pensionshöhe gelten noch nicht für die jetzigen Abgeordneten. Von den Kürzungen, die der Gesetzgeber bei der Rente beschlossen hat, sind hingegen alle Beitragszahler sofort betroffen.

Der Opportunismus in Wahlkampfzeiten kennt keine Grenzen, vor allem keine Parteigrenzen. Gerade der letzte Bundestagswahlkampf mit seinen Folgen bietet dafür ein besonders drastisches Beispiel. Die Union propagierte vor der Wahl – erstaunlich genug – eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte. Die Konkurrenz, von liberal bis links, griff diese unpopuläre Steilvorlage der Christdemokraten auf und wettete vehement gegen die «Merkel-Steuer», die «al-

les teurer» mache. Kaum bildeten die Sozialdemokraten mit der Union nach der Wahl die Große Koalition, trugen sie nicht nur den CDU-Vorschlag mit, sondern stimmten sogar für eine Erhöhung um drei Prozentpunkte.

Aber es gibt ein Wechselspiel zwischen der herrschenden Politik, ihren bekannten Akteuren und uns anonymen Wahlbürgern. Wer glaubt, dass das Partei-Establishment und die Mechanismen des politischen Betriebs allein verantwortlich sind für den Ansehensverlust unserer parlamentarischen Demokratie, verkennt die unrühmliche Rolle des opportunistischen Wahlvolks. Wir Bürger, die wir stets Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit von der Politik einfordern, pflegen in aller Regel ebenjene Parteien abzustrafen, die keine Wohltaten versprechen, sondern für notwendige Opfer werben.

Als Oskar Lafontaine noch Kanzlerkandidat der SPD war und 1990 auf die mit höheren Steuern zu finanzierenden Lasten der Wiedervereinigung aufmerksam machte, ließen die Wähler die SPD kalt im Regen stehen. Sie wärmten sich lieber an der Vorstellung, die gewaltige Erblast der DDR würde sich durch die Sonderkonjunktur der «blühenden Landschaften», die Helmut Kohl und seine Union versprachen, gleichsam wie nebenbei finanzieren. Lafontaine hat die Lektion gelernt und ist heute der billige Jakob unter den Politikern, die alles versprechen können, weil wir Bürger offenbar lieber soziale Heilsbotschaften als realistische und finanzierbare Konzepte schätzen.

Nicht zuletzt die vergangene Bundestagswahl hat das allgegenwärtige politische Mantra befördert: Keine Zumutungen mehr für das Volk! Fast ein Jahrzehnt lang hatte die deutsche Gesellschaft die Notwendigkeit von Reformen der Sozialsysteme diskutiert. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme sorgte ausgerechnet der sozialdemokratische Kanzler Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 für bisher nicht gekannte Einschnitte in vertraute Besitzstände. Wer arbeitet, so das Hauptargument, sollte auf jeden Fall ein höheres Einkommen erhalten als diejenigen Menschen, die von staatlichen Transferleistungen leben. Die Zumutbarkeitsregeln für die Arbeitsaufnahme wurden verschärft, und bei der Rente führte man einen Abschlagsfaktor ein, der die Kosten der Alterung unserer Gesellschaft nicht mehr allein den künftigen Beitragszahlern aufbürdet, sondern die Rentner daran beteiligt.

Diese Reformgesetze waren ein Gebot der Vernunft, denn die bisherige Ausgestaltung des Sozialstaats war im Zeichen der demographischen Entwicklung und des internationalen Wettbewerbs nicht mehr finanzierbar. Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP hatten die Agenda 2010 mitgetragen. Doch ihnen gingen die Veränderungen nicht weit genug. Allein die Linkspartei/PDS leistete Fundamentalopposition und fand damit breiten Zuspruch in der Bevölkerung, aber auch in der Parteibasis der Regierungsparteien SPD und Grüne.

Rot-Grün erhielt die Quittung für die unpopuläre Agenda-Politik. Weil wir Bürger Angst vor weiteren

Reformen hatten, verspielte die bürgerliche Opposition den vermeintlich sicheren Sieg bei der Wahl 2005. Nur die Linkspartei feierte einen großen Erfolg. Das politische Koordinatensystem in Deutschland hat sich seitdem verschoben: Es gibt eine linke Mehrheit im Deutschen Bundestag jenseits von Union und FDP.

Obwohl sich diese Mehrheit nicht in einer formellen Regierungskoalition manifestiert hat, orientierte sich die Politik der in der Not gebildeten Großen Koalition erst zögerlich, dann aber immer rascher weg von der Politik der Vernunft, für die die Agenda 2010 steht. Was nach Zumutung fürs Volk aussieht, wird in Watte gepackt. Sinnvolle, aber unpopuläre Reformschritte der Vergangenheit sind inzwischen korrigiert worden. Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I wurde wieder verlängert – obwohl dies nachweislich den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erschwert. Die gutgemeinte soziale Abfederung schlägt so auf die Betroffenen zurück. Der Riester-Faktor in der Rentenversicherung, der für mehr Gerechtigkeit zwischen Beitragszahlern und Rentnern führen sollte, wurde für zwei Jahre ausgesetzt, damit rechtzeitig vor dem Wahljahr die möglicherweise wahlentscheidende Rentnerklientel bedient werden kann. Die Zeche zahlen die Beitragszahler, weil die Versicherungsbeiträge in den kommenden Jahren nicht sinken, sondern weiter steigen werden.

Gegen jede Vernunft sucht die Regierungspartei SPD Wege, um das frühzeitige Ausmustern aus dem

Arbeitsmarkt, das der Staat mit Altersteilzeit- und anderen Modellen jahrzehntelang befördert hat, erneut zu ermöglichen. Ende 2009 sollen die Anreize für den Vorruhestand zwar ersatzlos wegfallen, das ist die aktuelle Gesetzeslage. Doch die Parteien wollen lieber die Volksseele streicheln, als den Wählern unabdingbare Einschnitte einsichtig zu machen und sie durchzusetzen. Wenn Oskar Lafontaine und seine Linke die Rente mit 60 Jahren ohne Abschläge versprechen, sehen sich Sozial- wie Christdemokraten genötigt, Konzepte für Altersteilzeit zu offerieren, die abermals mit Geld aus öffentlichen Kassen locken.

Kurzum, die Politik hat ihre Konsequenzen aus der Wahl 2005 gezogen. «Wir haben verstanden!» heißt für den Bundestagswahlkampf 2009 vor allem eines: Die Parteien werden neue Wohltaten verheißen. Weniger Steuern, geringere Sozialbeiträge! Mehr Geld für Familien und Kinder! Mehr Geld für Bildung und Forschung! Mehr Geld für Straßen und Verkehrswege! Mehr, mehr, mehr!, rufen wir Wähler – und die Politik liefert das wohlfeile Echo und lockt mit üppigen Versprechungen. Im Windschatten der Finanzmarktkrise und in Zeiten der Rezession werden diese dann als «positive Konjunkturimpulse» verkauft.

Wir dürfen uns nicht verschaukeln lassen. Glauben wir wirklich, dass alle Wünsche erfüllt werden, wenn wir einerseits das Versprechen von Steuersenkungen wählen, zugleich aber zahlreiche neue Leistungen vom Staat verlangen? Wir müssen begreifen, dass zusätzliche Ansprüche von ebendiesem Staat uns wie-

der in Rechnung gestellt werden: durch höhere Steuern und Abgaben.

Als Bürger müssen wir schon aus eigenem Interesse von der Politik verlangen, dass sie uns die Wahrheit sagt, auch wenn es schmerzt. Die Wahrheit ist: Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten über unsere Verhältnisse gelebt, wir haben den Staat mit immer mehr Ansprüchen überfordert und nicht gemerkt, dass wir uns dadurch selbst überfordern – und erst recht die künftigen Generationen.

Das Streben nach einem ausgeglichenen Haushalt ist keine inhaltslose Floskel von Finanzpolitikern, sondern eine zwingende Notwendigkeit, um den Sozialstaat, den wir uns leisten, nicht grundsätzlich zu gefährden. Denn wir müssen vermeiden, dass wir in eine Situation der Verschuldung kommen, die uns keine Wahl mehr lässt und uns schließlich zu noch brutaleren Einschnitten zwingt. Dies gilt gerade in Zeiten der Krise.

Wenn wir zu Recht mehr Wahrhaftigkeit und Verantwortung von der Politik fordern, müssen wir uns auch fragen, ob unser eigenes Handeln dem Rechnung trägt. Wir wollen länger im Wohlstand leben, aber weniger arbeiten; wir wollen Mindestlöhne und gehen zugleich gierig auf Schnäppchenjagd. Wir zeigen mit dem Finger auf die reichen Steuersünder und halten unsere eigenen Schummeleien für Bagatellen. Wir haben jedes Augenmaß verloren.

Wenn wir Politikern also vorhalten, sie seien oft nur an Machterhalt interessiert, müssen wir uns die Frage

gefallen lassen, ob wir als Bürger nicht seit Jahrzehnten selbst dafür gesorgt haben, dass wir genau die Politiker bekommen, über die wir uns heute so beklagen.

Dieses Buch soll nicht nur zeigen, wie der Opportunismus in gleichem Maße die Politik und uns Bürger erfasst hat. Es stellt auch die Kernfrage: Was können wir tun, damit das Gemeinwohl nicht unter der Last der Einzelinteressen zerbricht?